



## Polizei – Prügelknaben der Nation???



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

keine Polizistin und keinen Polizisten verwundert es heutzutage zu hören, dass die Zahl der Übergriffe auf Polizeibeamte von Jahr zu Jahr stetig ansteigt, denn darin spiegelt sich nur wider, was immer mehr Beamtinnen und Beamte beinahe täglich leidvoll im Rahmen ihrer Pflichterfüllung erfahren. Die Zahl der Beleidigungen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen hat ein neues Hoch erreicht. So mag man aus einigen Ecken des Landes durchaus kritische Stimmen hierzu hören. Wird die Polizei immer feinfühlicher? Muss sich ein Polizeibeamter/eine Polizeibeamtin heutzutage gefallen lassen als „Arschloch“, „Wichser“ oder „Hure“ beleidigt zu werden? Muss man es sich gefallen lassen angespuckt zu werden, was an Ausdruck der Missachtung ja eigentlich nicht mehr zu überbieten ist? Ich glaube nein.

Auch die Zahl der verletzten Beamtinnen und Beamten steigt von Jahr zu Jahr an. Oftmals Ursache hierfür sind, und das zeigen ebenfalls die vorliegenden Zahlen, Übergriffe durch alkoholisierte Personen, die in enthemmtem Zustand oftmals nicht

mehr unterscheiden können, ob ihnen die Polizei als „Freund und Helfer“ zur Seite oder gar als Gegner und Feindbild gegenübersteht. Auch im Rahmen von Sportveranstaltungen wie Fußballspielen und Eishockeyspielen in den unterschiedlichsten Klassen sehen sich die uniformierten Kolleginnen und Kollegen der geschlossenen Einheiten und des Einzeldienstes immer häufiger gewaltbereiten Rabauken gegenüber. Ende letzten Jahres konnte die ganze Welt sehen, wie sich im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg ein Mob aus Autonomen und Event-Gewalttätern über die eingesetzten Beamtinnen und Beamten hermachte, was zu einer großen Anzahl an Verletzten in den Reihen der Polizei führte. Mit Entsetzen reagierte man in der Welt, es ging ein Aufschrei durch die Medien und in den politischen Reihen war man sich plötzlich einig, dass derartige Verhalten nicht toleriert werden kann. Musste es aber so weit kommen? Das müssen sich hier viele hochrangige Entscheidungsträger doch berechtigterweise fragen lassen.

Unsere Aufgabe als Polizeigewerkschaft ist es, für die Kolleginnen und Kollegen einzustehen und in allen Belangen eine Verbesserung für die Polizei, explizit in puncto Schutz zu erreichen – und so verstehen wir uns als deutschlandweit größte Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte. Nicht alles was wir als Gewerkschafter tun oder sagen ist populär oder findet Anklang, es ist aber auch nicht unsere Aufgabe allen zu gefallen, sondern die Belange unserer Mitglieder zu vertreten. Bayern brüstet sich, die landesweite Nummer 1 in Sachen Sicherheit zu sein, und das soll auch so bleiben. Hierfür bedarf es eines ständigen Austausches mit den politischen Entscheidungsträgern. Der langjährige Kampf, vor allem auch der GdP zur Schaffung eines neuen Straftatbestandes gegen Übergriffe auf Polizeibeamte, wurde letztendlich mit der Schaffung des „Tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte“ belohnt. Aufgabe der Justiz ist es nun, diesen auch konsequent anzuwenden, was ja in

ersten Entscheidungen gerade im Blick auf die Ereignisse in Hamburg bereits erste erfreuliche Umsetzung fand. Auch seitens der Politik hat man reagiert und auf Drängen vor allem der GdP die flächendeckende Ausstattung mit neuen Schutzwesten für die Kolleginnen und Kollegen vorangebracht. Wie unser Innenminister erst jüngst erwähnte, soll auch die großflächige Anschaffung der positiv erprobten Bodycams sowie die Ausstattung aller bayerischen Polizeibeamten mit neuen Dienstwaffen mehr Sicherheit und Schutz vor Übergriffen bieten.

Wenn man sich die aktuelle Rangliste einer repräsentativen Umfrage ansieht und dieser entnimmt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Polizei, wie jüngst auch seitens unseres Innenministers verkündet, nach wie vor ungebrochen ist und die Polizei hier auf Platz 1 liegt, so stimmt mich das durchaus positiv für die kommende Entwicklung. Interne Störfeuer wie der Antrag seitens der DGB-Jugend auf Abschaffung des § 114 StGB, haben bis in die Reihen des bayerischen GdP-Landesvorstandes zu großem Rumoren geführt. Wir sind eine Polizeigewerkschaft und treten für die Interessen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten ein. Auch hier muss man Kante zeigen, weshalb man sich – nicht zuletzt auch veranlasst durch den großen Aufschrei in Reihen unserer Mitglieder – seitens der Landesführung zu einem Antrag auf Austritt aus dem DGB entschlossen hat. Wir werden sehen, wie hierauf reagiert wird. Wir werden weiter für Euch kämpfen und für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen konsequent und mit Nachdruck eintreten, denn gemeinsam können wir viel erreichen.

Kommt alle gesund wieder vom Dienst nach Hause und passt auf Euch auf!

Herzliche Grüße,

**Euer Florian Leitner,**  
**Mitglied des Landesvorstands,**  
**BG Oberbayern Nord**



# Nachtragshaushalt für 2018 verabschiedet

Mit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts wurden auch einige Forderungen der GdP zumindest teilweise erfüllt. So sind wir unserem seit Jahren verfolgten Ziel, den DUZ für die Nachtstunden auf 5 €/Std. zu erhöhen, wieder einen Schritt nähergekommen. Rückwirkend zum 1. 1. 2018 wird dieser Zuschlag auf nun 4,50 €/Std. angehoben, die Unterschiedsbeträge werden vom Landesamt für Finanzen nachgezahlt. Die 5 €/Std. sind als politische Absichtserklärung für den 1. 1. 2019 verkündet – die GdP wird hier in den Beratungen auf die Erfüllung unserer Uraltforderung drängen.

Auch wurde die Ballungsraumzulage für den Großraum München um 50% angehoben, so beträgt der Grundbetrag nach Art. 94 Abs. 2 Bayer. Besoldungsgesetz nun 122,69 € (statt bislang 81,79 €) sowie für die Anwärter 61,34 €

(statt 40,89 €) und pro Kind nun 32,72 € (bisher 21,81 €). Die Gebietskulisserie blieb allerdings unverändert, hier gibt es noch aus unserer Sicht notwendige Ergänzungen.

Erfreulich ist auch die Einführung eines Zuschlags für IT-Kräfte von bis zu 400 € monatlich, die allerdings an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Dazu wurde im Bayer. Besoldungsgesetz ein neuer Art. 60 a eingeführt.

Im Hinblick auf die Erhöhung der Beamten in Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei gab es eine überschaubare Anzahl von einigen neuen Planstellen im Stellenplan. Auch wenn diese bei Weitem nicht ausreichen, um den gestiegenen Bedarf an Stammpersonal zu decken, ist zumindest ein An-

fang gemacht. Dazu kommt, dass es im Nachtragshaushalt im Regelfall nur ganz vereinzelt zu Stellenmehrungen kommt und Stellenhebungen im Regelfall nicht erfolgen. Dies kann nur bei den anstehenden Haushaltsberatungen für den neuen Doppelhaushalt 2019/2020 erfolgen, für den die GdP bereits erhebliche Stellenforderungen gestellt hat. Zumindest die Personalmehrungen sind von der Staatsregierung vorgesehen, so sind noch 1000 zusätzliche Stellen für die Jahre 2019/2020 aus dem Programm St. Quirin im Haushalt zu berücksichtigen und die von Ministerpräsident Söder angekündigten weiteren 1500 Stellen u. a. für die von ihm vorgesehene Grenzpolizei. **PSch**

## REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Juni 2018 ist am 3. Mai 2018. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**  
Internet: [www.gdpbayern.de](http://www.gdpbayern.de)

### Geschäftsstelle:

Hansastraße 17/II, 80686 München  
Telefon (0 89) 57 83 88-01  
Telefax (0 89) 57 83 88-10  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

### Redaktion:

Markus Wimmer  
Hansastraße 17  
80686 München  
Tel.: (089) 57 83 88 50  
E-Mail: [redaktion@gdpbayern.de](mailto:redaktion@gdpbayern.de)

### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40  
vom 1. Januar 2018

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

## PKS 2017: Sicherheitslage so gut wie vor 30 Jahren dank hervorragender Polizeiarbeit

Die Sicherheitslage in Bayern ist so gut wie zuletzt vor 30 Jahren. Innenminister Joachim Herrmann stellte Ende März die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2017 vor, wobei er auf ein hervorragendes Ergebnis verweisen konnte: Die Zahl der Straftaten sank gegenüber 2016 nochmal um 4,6% und ist damit auf dem niedrigsten Niveau seit 1991. Die Aufklärungsquote beträgt insgesamt betrachtet mittlerweile stolze



**Innenminister Joachim Herrmann und Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2017.**

64,4%. Die Gewaltkriminalität sank um 3,3%, die Diebstahlsdelikte um 9,5%. Hierbei ist erfreulich, dass auch die Zahl der Wohnungseinbrüche deutlich zurückging und somit eine Trendwende in einem zuletzt schwer angestiegenen Kriminalitätsfeld erreicht werden konnte. Die Vermögens- und Fälschungsdelikte sanken um 5,1%.

Angestiegen sind laut PKS 2017 die Internetkriminalität (+ 3,9%), die Rauschgiftkriminalität (+ 3,8%) und die

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (+26,2%). Der hohe Anstieg bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung erklärt sich laut Herrmann in erster Linie zum einen aus der Zunahme bei den tatverdächtigen Zuwanderern sowie zum anderen aus der Novellierung des Sexualstrafrechts aus dem November 2016.

Als problematisch bezeichnete Herrmann den zunehmenden Anteil an tatverdächtigen Zuwanderern. Hier lag der Anteil in Bezug auf alle Tatverdächtige bei 10,3% und somit bei 0,7% über dem Vorjahreswert. Überhaupt ist mit nun 34,9% auch der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und liegt somit deutlich über dem Anteil Nichtdeutscher im Vergleich zur Gesamtbevölkerungszahl in Bayern.

Insgesamt sei die Kriminalitätsentwicklung aber mehr als erfreulich und Bayern nehme mit diesem stolzen Ergebnis nach wie vor den Spitzenplatz bei der Inneren Sicherheit in Deutschland ein. Der Innenminister dankte deswegen den engagierten und hoch motivierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihre professionelle Arbeit. Dem schließt sich auch die GdP Bayern gerne an. Allerdings dürfen die rückläufigen Zahlen nicht dazu führen, die vorgesehenen zusätzlichen Einstellungen zu reduzieren. Die personelle Verstärkung wird dringend benötigt. **MWI**



## Expertenanhörung zu den Gesetzesentwürfen zur Neuordnung des PAG und zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes

Ausgangslage: Die EU-Richtlinie 2016/680 vom 27. 4. 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates ist für den Bereich der bayerischen Polizei bis Mai 2018 in nationales Recht umzusetzen. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) seine Rechtsprechung zu den verfassungsgerichtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung polizeilicher Eingriffsbefugnisse weiterentwickelt und präzisiert. Zudem bedarf es einer weiteren, dem Stand der Technik entsprechenden Ergänzung und noch effektiveren Ausgestaltung wichtiger polizeilicher Befugnisnormen.

Im Kreise der Experten, der sich aus etablierten und jeweils von den Fraktionen bestimmten Fachjuristen zusammensetzte, bestand weitestgehende Einigkeit, dass die europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben durch den Gesetzgeber zufriedenstellend und sauber eingearbeitet wurden und somit der oben genannten Richtlinie und der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entsprechen wird. Einig waren sich eigentlich alle Experten darin, dass der Gesetzesentwurf mit seinen Änderungen in seiner Komplexität grenzwertig sei und für die Polizeibeamten, die ihn letztlich anwenden müssten, sowie insbesondere für die Bürger schwer verständlich und schwer zu vermitteln sei.

In der konkreten inhaltlichen Beurteilung hinsichtlich der Neuordnung des Polizeirechts gingen dann die Einschätzungen doch deutlich auseinander: Lediglich Prof. Dr. Möstl sah mit Blick auf den Gesetzesentwurf keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Vorgaben seien sehr gut eingearbeitet worden, wenn auch in der Praxis zum Teil schwer umsetzbar. Er sieht den vorliegenden Gesetzesentwurf verfassungsrechtlich vertretbar, es würden dadurch keine polizeilichen Befugnisse vorverlagert und der Bürger müsse auch keine Angst vor einem Überwachungsstaat haben.

Die übrigen Juristen sehen die neuen Pläne des Innenministeriums kritischer. Vor allem der neue Begriff der „drohen-

den Gefahr“ wird als problematisch erachtet. Während bislang für die Aufgabeneröffnung der Polizei nach dem PAG konkrete Anhaltspunkte einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestehen musste, soll nunmehr schon eine drohende Gefahr ausreichen. Dr. Löffelmann zum Beispiel sieht die Verhältnismäßigkeit als nicht mehr gegeben an: Gefahren drohten laut dem Gesetzesentwurf der Staatsregierung überall, was zu einer Ballung eingriffintensiver Befugnisse führt. Er sieht einen „gewaltsamen Paradigmenwechsel“ im Polizeirecht und sieht in der Kategorie der „drohenden Gefahr“ eine nicht mehr akzeptable Herabsetzung der polizeilichen Eingriffsschwelle. Prof. Dr. Lindner sieht einen „dogmatischen Overkill“. Er hätte sich erhofft, das Gebot der Normenklarheit klarer voranzustellen und die im Polizeirecht vorhandenen Generalklauseln stärker zu berücksichtigen. Tendenziell wird es angesichts der neuen Bedrohungslage als angemessen erachtet, dass die Befugnisse der Polizei diesen Herausforderungen angepasst werden, dennoch würden die hier vorliegenden rechtlichen Vorgaben übers Ziel hinausschießen. Der Datenschutzbeauftragte Prof. Petri sieht die „Überwachungsgesamtrechnung“, also die Balance aus Freiheit und Sicherheit, strapaziert. Mit dem Begriff der „drohenden Gefahr“ würden der Polizei zu leicht Befugnisse erleichtert, die es schon bei „normaler Kriminalität“ – und nicht nur bei Terrorismusverdacht – erlaube, einfacher Telefone bzw. Handys zu überwachen, Post zu öffnen oder Onlinedurchsuchungen vorzunehmen.

Auch die Regelungen zu möglichen DNA-Analysen stoßen auf deutliche Kritik: Hier werde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt, wenn etwa Merkmale wie Herkunft, Haar- oder Augenfarbe, Geschlecht etc. bestimmt werden könnten, ohne dass ein Gefahrenverdacht bestehe. Dies sei in den Augen von Prof. Graulich schlicht „nicht nachvollziehbar“.

Die Opposition, die auch mit der Benennung einzelner Experten beauftragt war, griff in der anschließenden Diskussion die einzelnen Kritikpunkte dankbar auf und untermauerte ihre schon im Vorfeld geäußerte Kritik deutlich. In der Debatte wurde zudem die kurzfristige Ansetzung sowie die kurze Dauer der

Expertenanhörung von lediglich 2½ Stunden kritisiert. Dies ergibt sich jedoch aus der bis Mai notwendigen Umsetzung der oben genannten EU-Richtlinie. An der Umsetzung des konkreten Gesetzesentwurfs dürfte sich jedoch angesichts der kurzen Umsetzungsfrist bis Mai nicht mehr allzu viel ändern, weswegen sich Bayerns Polizeibeamte schon bald gezwungen sehen dürften, sich mit dem geänderten Polizeirecht vertraut zu machen. Gerade die Umsetzung der für viele Eingriffsmaßnahmen nun notwendigen Richtervorbehalte sowie die umfangreichen Dokumentations- und Auskunftspflichten aufgrund der Datenschutzbestimmungen werden für mehr Verwaltungsaufwand sorgen. Da die meisten der Dokumentationspflichten EDV-technisch abgehandelt werden können, müssen sämtliche polizeilichen Dateien, in denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, angepasst werden. Selbst der Gesetzgeber rechnet mit einem immensen Aufwand und geht von einer Übergangszeit von fünf Jahren aus und rechnet zudem infolge der notwendigen Beauftragung auch externer Unternehmen mit einem zweistelligen Millionenbetrag für die Umsetzung.

Die GdP hatte bei der Anhörung im Vorfeld die erweiterten Eingriffsmöglichkeiten der Polizei grundsätzlich begrüßt. Gerade auch die nun erleichterte Identitätsfeststellung bei einer lediglich drohenden Gefahr bringt für die einschreitenden Beamten Rechtssicherheit. Die zusätzlichen Möglichkeiten einer DNA-Auswertung (Herkunft, Geschlecht, Haarfarbe etc. bei bislang unbekanntem Tätern) sind aus ermittlungstaktischer Sicht zu begrüßen. Auch der Einsatz von Drohnen und technischen Überwachungsmöglichkeiten in einer Wohnung ist nun geregelt. Die Sicherstellung von Daten in einer Cloud ist die logische Folge des technischen Fortschritts. Und auch die Einführung von Handgranaten und Explosivgeschossen als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt ist der Terrorlage geschuldet, wobei diese nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn andere Mittel zuvor erfolglos angewendet oder von vorneherein als erfolglos beurteilt wurden.

Alle schriftlichen Stellungnahmen der einzelnen Experten liegen in der Landesgeschäftsstelle vor und können auf Wunsch übermittelt werden. **MWi/PSch**



# Neueinstellungen bei der bayerischen Polizei – Herzlich willkommen

Auf ein Neues ... hieß es wieder in zahlreichen Ausbildungsstandorten der Bereitschaftspolizei. Fast 1000 Beamte in Ausbildung wurden zum 1. 3. 2018 eingestellt. All diese jungen Kol-

leginnen und Kollegen galt es nach einer dreiwöchigen gewerkschaftlichen „Friedenspflicht“ über den Wert einer Gewerkschaft im Allgemeinen und der GdP im Besonderen zu informieren. Eine zeitintensive Aufgabe für die KG-Vorsitzenden in der Bereitschaftspolizei, die nur im Zusammenspiel aus Junger Gruppe, Vertrauensleuten am Standort und benachbarten Einzeldienst-GdPlern zu bewältigen war. Die Leistungen der GdP kamen gut an, sodass un-



Thomas Bentele freut sich mit Markus Schirmer über Zuwachs in der GdP.

sere 185 000 Kollegen/-innen umfassende Solidargemeinschaft in diesen Tagen weiter anwachsen wird. Uns sind dabei aber nicht Zahlen und die Statistik wichtig, sondern das Wohlergehen jedes einzelnen Mitglieds. Daher ließ es sich unser stellvertretender Landesvorsitzender Thomas Bentele auch nicht nehmen, das Dachauer Team bei der Neumitgliederwerbung im 65. Ausbildungsseminar zu unterstützen, um einen Teil der neuen Mitglieder vom ersten Tag an persönlich kennenzulernen.

## Bayerische Delegation bei der Bundessenorenkonferenz

Vom 18. bis 20. März 2018 fand in Potsdam die 8. Bundessenorenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei statt. Unter Führung des Landesessenorenvorsitzenden Günter Klinger nahmen neun Delegierte aus Bayern daran teil. Bei der Anreise mit dem Pkw behinderten Schneewehen auf der A 9 bei Leipzig die Fahrt. Auf der Rückfahrt gab es zwar keine

ten die Aufgabe, einen neuen Bundessenorenvorstand zu wählen. Außerdem befassten sie sich mit 35 Anträgen, die teilweise erst nach längerer Diskussion angenommen oder auch abgelehnt wurden.

Ein ausführlicher Bericht über die Bundessenorenkonferenz wird im Bundesteil der Deutschen Polizei veröffentlicht. Im Bild die bayerische



Schneewehen mehr, dafür aber teilweise heftige Schneefälle. Für gestandene Bayern sind das aber keine echten Hindernisse.

Die insgesamt 111 Delegierten aus allen Landesbezirken, den Bezirken der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes der GdP hat-

Abordnung in Berlin (v. l.): Albert Schulz, Hans Kormann, Fritz Werner, Bernhard Brückner, Reinhold Preßl, Liselotte Söllheim-Dietzel, Günter Klinger, Dietmar Vogl, Fritz Leicht, Wolfgang Vogt.

*Hans Kormann*



FRAUEN/TERMINE

# Neuwahlen bei der Frauengruppe der BG Niederbayern

Ende Februar trafen sich die Mitglieder der Frauengruppe der BG Niederbayern in Plattling, um ihre Vorstandschaft neu zu wählen. Zuvor war im Umlaufverfahren per E-Mail bereits bei den Mitgliedern angefragt worden, ob bei der ein oder anderen Kollegin Interesse an der Mitarbeit in der Vorstandschaft besteht. Die Vorsitzende Ulrike Hofbauer berichtete über die Tätigkeiten der Frauengruppe in den letzten fünf Jahren und dankte der Vorstandschaft für ihr großes Engagement. Sie stellte sich nicht mehr für die Mitarbeit in der Vorstandschaft zur Verfügung. Als Überraschungsgast war Günter Kellermeier, ehemaliger Vorsitzender der BG Niederbayern, erschienen, der lange Jahre mit Ulrike Hofbauer zusammenarbeitete.

Nach seinen Begrüßungsworten wurde zur Neuwahl geschritten. Als Wahlleiter fungierte Günter Kellermeier. In Einzelabstimmung wurden einstimmig Petra Hochholzer zur neuen 1. Vorsitzenden, Elke Preiss zur neuen 2. Vorsitzenden und Andrea Kerler-Simeth zur Schriftführerin gewählt. In Blockabstimmung erfolgte die Wahl ebenfalls einstimmig von Andrea Bauer zur Beisitzerin PVA, Ramona Kreuzer zur Beisitzerin Beamte und Anita Herdrich zur Beisitzerin Tarif. Nach der Wahl bedankte sich Petra Hochholzer für das in sie gesetzte Vertrauen und gab einen kurzen Ausblick auf die für das Jahr 2018 geplanten Aktivitäten. Anschließend überreichte die neue 1. Vorsitzende ihrer Vorgängerin zum Dank für ihre engagierte Tätigkeit ein Präsent und einen Blumenstrauß.

**Andrea Kerler-Simeth**



V. l.: Anita Herdrich, Ramona Kreuzer, Petra Hochholzer, Andrea Bauer, Ulrike Hofbauer, Andrea Kerler-Simeth, Elke Preiss

bayernspd-landtag.de

## Expertentag Innere Sicherheit



Einladung in den Bayerischen Landtag  
am 7. Mai 2018 von 10:30 - 16:45 Uhr

10:30 - 12:30 Uhr

- **Begrüßung:** Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, MdL, Sicherheitspolitischer Sprecher
- **Grußwort:** Natascha Kohnen, MdL, Vorsitzende der BayernSPD
- Uli Grötsch, MdB, Generalsekretär der BayernSPD:  
"Respekt, Sicherheit und künftige Herausforderungen:  
Bayerns Polizei im 21. Jahrhundert"
- Norbert Radmacher, Stellvertreter des Inspektors der Bayerischen Polizei: "Wohnungseinbruchsdiebstahl", anschließend Aussprache

12:30 Uhr Mittagspause

13:30 Uhr -16:45 Uhr

- Thomas Goger, Generalstaatsanwaltschaft Bamberg - Zentralstelle Cybercrime Bayern:  
"Cybercrime - Herausforderungen für die Strafverfolgung", anschließend Aussprache
- Petra Sandles, Vizepräsidentin des BLKA - "Gewalt gegen Einsatzkräfte", anschließend Aussprache
- **Schlusswort:** Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Die Landeszentrale für Politische Bildung hat den Polizeitag 2018 als staatspolitische Bildungsveranstaltung anerkannt. Dienstbefreiung kann daher gemäß §16 Abs. 1 Satz Nr. 5 UrIV genehmigt werden.

Anmeldung mit Namen und Adresse erforderlich. Bis zum 27. April 2018 unter: [polizeitag@bayernspd-landtag.de](mailto:polizeitag@bayernspd-landtag.de) | Tel. 089 - 4124 2301  
Einlass Ostporfte, Max-Planck-Str. 1, München. Bitte halten Sie Ihren Ausweis bereit.

9. Juni 2018  
Einlass 19.00 Uhr  
Beginn: 20.00 Uhr  
In der neu gestalteten  
Inselhalle Lindau

# Ball der Polizei

## der Kreisgruppe Lindau-Westallgäu

### „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

**Thomaselli**  
Zauberkunst & Comedy

**Alan Best Orchestra**  
Tanz- und Programmbegleitung

**Men in Black**  
Live Gesangsshow

Kartenvorverkauf:  
Polizeiinspektion Lindau | Herr Günther Bartlmaß  
Ludwig-Kick-Strasse 20 | 88131 Lindau (B)  
Telefon 0 83 82/910-0

Veranstalter:  
GdP-Kreisgruppe  
Lindau-Westallgäu

Eintrittspreis: 20,00 €

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick.



## Mitgliederversammlung der KG Bayerwald

Bereits im Januar fand die alljährliche Mitgliederversammlung der KG Bayerwald statt. Zunächst informierte der Bezirksvorsitzende Andreas Holzhausen über aktuelle Themen. Er sprach neben dem Ausbildungsstandort Freyung und Personalzuteilung vor allem das Thema Arbeitszeit an, welches die Polizei seit Jahren beschäftigte.

Die Neuwahlen waren deshalb notwendig geworden, da sich die beiden Vorsitzenden nicht mehr im aktiven Dienst bzw. bereits im wohlverdienten Ruhestand befanden. Zum neuen Vorsitzenden wurde Alexander Schreiner gewählt. Alexander Schreiner freute sich besonders, als erste Amtshandlung die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften durch-

führen zu können. Es folgte die Übergabe der Ehrenurkunden und eines Gutscheines in Höhe der jeweiligen Mitgliedschaften. Für 10-jährige Mitgliedschaft: Dominik Bäuml, für 20-jährige Mitgliedschaft: Michael Herzog, Johann Müller, Christian Loibl, für 40-jährige Mitgliedschaft: Helga Bauer, Heinrich Baumgartner, Nikolaus Herrnböck, Volkmar Hetzel, Herbert Schreiner. Schließlich der Spitzenreiter mit einer 50-jährigen Mitgliedschaft: Karl Brantl. Zum Abschluss der

Versammlung bedankte sich Alexander Schreiner besonders bei den zurückgetretenen Vorsitzenden Wilhelm Sitzberger und Nikolaus Herrnböck für ihre langjährige Tätigkeit in der KG Bayerwald und überreicht ihnen als kleine Anerkennung ihrer Tätigkeit einen kleinen Präsentkorb.



## „GdP-Urgestein“ Werner Leberfinger geehrt

Am 13. 3. 2018 führte die Kreisgruppe (KG) Rosenheim ihre Jahreshauptversammlung durch. Der KG-Vorsitzende Wolfgang Ligotzky durfte zahlreiche Mitglieder, den Landesvorsitzenden der GdP Bayern, Peter Schall, Alexander Baschek von der GdP Service GmbH sowie Werner Mitteregger und Florian Bauer des Kooperationspartners SIGNAL Iduna/PVAG begrüßen. Unter den Teilnehmern war auch der Polizeivizepräsident des PP Oberbayern Süd, Harald Pickert, sowie der langjährige Vorsitzende

der BG München, Werner Leberfinger, anwesend.

Vor dem gewerkschaftspolitischen Statement des Landesvorsitzenden Peter Schall wurden zahlreiche Ehrun-

gen für langjährige Mitgliedschaft durchgeführt. Exemplarisch für die geehrten Mitglieder seien hier die Ehrungen der Kollegen Werner Leberfinger und Gerhard Diller für mehr als 50-jährige Mitgliedschaft erwähnt. Werner Leberfinger war neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender der BG München auch zwei Wahlperioden der Finanzvorstand der GdP Bayern. Die KG Rosenheim hat diese Ehrung gerne stellvertretend für die BG München durchgeführt, da Kollege Leberfinger in Rosenheim wohnhaft ist.



## Neugründung der Kreisgruppe Neumarkt-Parsberg

Anfang März luden der Vorsitzende der Kreisgruppe Parsberg, Christian Bleyer, und der Verantwortliche der Kreisgruppe Neumarkt, Udo Strauch, ihre Mitglieder zu zeitgleichen Jahreshauptversammlungen in die Gaststätte Diepold in Batzhausen ein. Aufgrund eines Beschlusses der BG Oberpfalz (Fusionierung von Kreisgruppen) hatte es bereits im Vorfeld zwischen den beiden Vorsitzenden Gespräche gegeben, in denen man sich für eine Fusion aussprach. Schließlich konnten auch die Mitglieder von den Vorteilen einer Fusion überzeugt werden, sodass beide Versammlungen für die Auflösung ihrer Kreisgruppe und der Übergabe der Finanzmittel an die neu zu gründende

Kreisgruppe Neumarkt-Parsberg stimmten.

Gleich im Anschluss trafen sich die Mitglieder beider Kreisgruppen zur gemeinsamen Gründungsversammlung, um unter der Verhandlungsleitung von Bezirksvorsitzendem Gerhard Knorr und Wahlleitung von Otto Freisleben der Neugründung der Kreisgruppe Neumarkt-Parsberg zuzustimmen. Die erarbeiteten Wahlvorschläge für die Vorstandschaft wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Christian Bleyer wurde zum neuen Vorsitzenden der KG bestimmt. Zum Zweiten Vorsitzenden wurde Udo Strauch, zum Kassier Silke Sievert und zum Schriftführer Georg Bayerl gewählt. Auch konnten zahl-

reiche Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften ausgesprochen werden. Alle Geehrten erhielten als Zeichen der Wertschätzung eine Urkunde und ein Präsent. Des Weiteren wurden alle Anwesenden nach der Versammlung zu einem Essen eingeladen.



# UNBESCHWERT DEN FRÜHLING UND SOMMER GENIESSEN!



GdP Service GmbH

## Während der Heuschnupfensaison haben es Allergiker besonders schwer.

Den Pollen ausgesetzt können sie die Symptome in der Regel nur mit Therapien oder durch die Einnahme von Medikamenten lindern. Diese bieten wir unseren GdP-Mitgliedern zu besonders günstigen Konditionen über unseren Partner, die HAD Apotheke Deutschland, an. Sie verbindet den Service einer Internetapotheke mit der Beratungssicherheit einer Apotheke vor Ort. Um ein noch breiteres Gesundheitsangebot bieten zu können, geht sie als Partner der GHD-Unternehmensgruppe ganz neue Wege und bietet dem Kunden eine Rundumversorgung im Bereich Gesundheit.

### Vorteile für GdP-Mitglieder auf einen Blick

- **Schnell** Die HAD Apotheke Deutschland liefert Euch die Bestellung in der Regel innerhalb von 48 Stunden.
- **Diskret** Die Lieferung der Waren erfolgt durch unsere ständig überwachten Logistikpartner, in einem neutralen Karton.
- **Günstig** GdP-Mitglieder und deren Angehörige erhalten bei rezeptfreien Produkten mindestens 20% \*\* gegenüber dem AVK\* und sammeln bis zu 3% Treuebonus in Form von attraktiven Prämien. Außerdem zahlen GdP-Mitglieder keine Versandkosten.

### Weitere Infos:

[www.gdp-service-gmbh.de](http://www.gdp-service-gmbh.de)

0 89/57 83 88 28

\* AVK = Apothekenverkaufspreis gemäß Lauer-Taxe; die Lauer-Taxe enthält Daten aller bei der Informationsstelle für Arzneispezialitäten (IFA) gemeldeten Fertigarzneimittel und apothekenüblichen Waren, die in Deutschland für den Handel zugelassen sind. Die zugrundeliegenden Preise werden bei nichtverschreibungspflichtigen Arzneimitteln auf Grundlage der Arzneimittelpreisverordnung dargestellt und geben den Abrechnungspreis bei Abgabe zu Lasten der GKV wieder. Bei anderen apothekenüblichen Waren bildet die Lauer-Taxe den empfohlenen Verkaufspreis des Herstellers ab, wenn dieser einen solchen angegeben hat.

\*\* bezogen auf den AVK, auf alle nichtverschreibungspflichtige Artikel.

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage oder fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.

**HAD** | Apotheke  
Deutschland



## **50 Jahre – 11. BPH, Einstellung 9. 9. 1968**

**Die ehemaligen Kollegen der 11. Hundertschaft, Einstellung 9. 9. 1968, treffen sich am Sa./So. 1., und 2. September 2018, in der Polizeiunterkunft der III. Bereitschaftspolizeiabteilung Würzburg, Sedanstraße 52, zum 50-jährigen Einstellungsjubiläum.**

**Beginn des Treffens ist am Samstag, 1. 9. 2018, um 15 Uhr in der Kantine.**

Wir bitten um Anmeldungen zum Treffen bis spätestens 30. 7. 2018 an folgende Anschriften:

Karl-Heinz Dannhorn  
dannhorn@online.de

Dieter Pietsch  
dieter.pietsch@web.de

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmermeldungen und bitten darum, auch Kollegen zu verständigen, die vorzeitig in Ruhestand gegangen sind bzw. vorzeitig aus dem Polizeidienst ausgeschieden sind.

